

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

B/XXII/141

Bad Godesberg, den 27. Juli 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Harter Dienst der Polizei

35

Gefahren und Unfälle im Beruf - Viele Tote und Verletzte

Von Klaus Eübner, MdB

2 - 3

Gespräche mit Studenten...

97

Mißverständnisse und Mißtrauen können beseitigt werden

Von Günter Markscheffel

4 - 5

Möglichkeiten und Grenzen politischer Bildung

88

Die Schulen sind überfordert

Von Dr. Kurt Fackiner

6

Spaniens Vorbereitungen auf den Anschluß an die EWG

46

Deutsche Wissenschaftler als aktive Mitarbeiter

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

* * *

Harter Dienst der Polizei

Gefahren und Unfälle im Beruf - Viele Tote und Verletzte
Von Klaus Hübner, MdB

sp - In den letzten Wochen und Monaten ist "die Polizei" in der Ausübung ihres Dienstes kritisiert worden. Die Auseinandersetzungen wurden zum Teil mit Vehemenz und Erbitterung geführt, weil jede Seite von ihrem Recht überzeugt war. Die oft verallgemeinernde Kritik - die Polizei - schoß über das Ziel hinaus, weil nicht nur einzelne Übergriffe oder außergewöhnlich harte, aber vermeidbare Maßnahmen, durch die Ordnungshüter in kritischen Anmerkungen zur Diskussion gestellt worden waren: die Einzelkritik übertrug sich auf alle Beamten.

Auch der einzelne Beamte unterliegt allzuoft dem Zwang, zwischen Befehl und Ausführung den richtigen Maßstab zu finden. Darüber hinaus, und das sollte nicht vergessen werden, ist der Dienst nicht ungefährlich. Das Wissen um diese Zwangslage - auch in der Gefahr noch den richtige Maßstab zu finden, schafft nervliche Belastungen, denen der eine oder andere nicht immer gewachsen ist. Wenn Übergriffe einzelner Beamter als gültiger Maßstab oft für alle Beamten angesehen wurde, so ist diese Verallgemeinerung falsch und trifft die übergroße Zahl diensttreuer Beamter zu Unrecht.

Das Polizeieinstitut in Hiltrup, das unter anderem auch genau Buch über Berufsunfälle und Krankheiten der Polizeibeamten führt, hat festgestellt, daß im Jahre 1966 insgesamt 22 Polizeibeamte als Folge ihrer Pflichterfüllung ihr Leben verloren haben. Davon wurden 3 Polizeibeamte durch Rechtsbrecher tödlich verletzt; 17 Beamte sind im Dienst tödlich verunglückt und 2 Beamte sind durch eine sich im Dienst zugezogene Krankheit verstorben.

Seit dem 8. Mai 1945, bis zum 31. Dezember 1966, haben in der Bundesrepublik (einschließlich Westberlin) 973 Polizeibeamte ihr Leben verloren. Davon wurden 250 Beamte durch Rechtsbrecher tödlich verletzt, 608 Beamte sind tödlich verunglückt und 115 sind an einer Krankheit verstorben, die sie sich im Dienst zugezogen haben.

Die zahllosen schweren und leichteren Verletzungen, die sich in Ausübung ihres Dienstes zugezogen haben, einschließlich Berufskrankheiten, sind in dieser Aufstellung unberücksichtigt geblieben. Wenn die Kritik in letzter Zeit hart mit der Polizei umging, so sollte diese traurige Bilanz nicht vergessen und an das Leid der hinterbliebenen Familien gedacht werden.

+ + +

Gespräche mit Studenten...

Mißverständnisse und Mißtrauen können beseitigt werden

G.M. - In Gesprächen und Diskussionen von Politikern mit Vertretern der Studentenschaft stehen jedesmal am Anfang Mißverständnisse und Äußerungen des Mißtrauens. Es ist zunächst anzunehmen, daß es sich hierbei um ein natürliches Generationsproblem handelt, das seit eh und je zwischen jüngeren und älteren Menschen besteht. Jüngere Menschen sind geneigt, die von Älteren geformte Welt kritisch zu betrachten, Ältere wehren sich instinktiv gegen das Drängen der jüngeren Gesprächspartner.

Alle politischen Parteien in der Bundesrepublik - aber nicht nur hier - wissen das. Auch in den Ländern, in denen es studentische Selbstverwaltungen gibt und wo die Studenten mehr oder weniger aktiv an der Gestaltung des Hochschulwesens teilnehmen, wird zwischen Studenten und den etablierten Inhabern der politischen Macht um den ausgewogenen Anteil an eben dieser Macht gerungen.

In der Bundesrepublik hat dieses Ringen in jüngster Zeit dramatische Akzente erhalten. Studenten haben rebelliert, haben demonstriert und sind auf die Straße gegangen, weil sie glauben, von der etablierten Macht nicht ernst genommen zu werden. Im Kern geht es hierbei - von Auswüchsen abgesehen - um das richtige Maß, oder, wie es einmal ausgedrückt wurde, "um den gerechten Anteil der Studenten nicht nur an der Formung des Hochschulwesens, sondern auch an der Gestaltung der Gesellschaft, in der wir alle leben".

Wo von der etablierten Macht diesem Willen der Studentenschaft Widerstand entgegengesetzt wird oder wo man glaubt, den Studenten ein nur begrenztes Mitspracherecht einräumen zu können, expliziert die sorgsam gehütete, in Wirklichkeit aber nur scheinbare Ruhe in dem eben nicht "wertfreien" Raum der Universität.

Man hüte sich zu glauben, dieses Drängen der Studenten nach Mitbestimmung und Mitverantwortung könne mit der bequemen Redensart aus der Welt geschafft werden, "die sollen erst mal etwas lernen". Die junge Generation von heute wird mit Recht darauf antworten, die ältere Generation - besonders in Deutschland - sei keineswegs so klug und weise gewesen, um etwa das Tausendjährige Reich mit seinen schrecklichen Folgen für unser ganzes Volk verhindern zu können...

Dieses Wissen um die Fehlbarkeit der älteren Generation ist wohl der entscheidende Grund für vieles, was jetzt besonders im deutschen akademischen Bereich nach Klärung und Entscheidung drängt.

Bei einer Diskussion, die kürzlich im geschlossenen Kreise zwischen Vertretern des Präsidiums der SPD und Vertretern des Verbandes deutscher Studentenschaften und mehreren AstA-Vorsitzenden über die anstehende Hochschul- und Studienreform stattfand, wurde z.B. von den Studenten bittere Klage darüber geführt, daß der deutsche Wissenschaftsrat zwar bemerkenswerte Vorschläge gemacht habe, daß aber an den Universitäten selbst die etablierte Ordnung der Oberen nur selten daran denke, fortschrittliche Anregungen in die Tat umzusetzen. Die Folge:

Man wendet in der Diskussion auf studentischer Seite mehr Zeit für die Kritik von Negativerscheinungen, insbesondere der retardierenden Elemente an den Hochschulen, auf, als für positive Vorschläge in der Sache und zur Verwirklichung von als vernünftig anerkannten Vorschlägen des Wissenschaftsrates gegen den teilweisen Widerstand der Universitäten.

Ist dies einmal erkannt, dann ergibt sich sehr schnell im Gespräch mit den Vertretern der Partei, daß die Ansichten gar nicht so weit voneinander entfernt sind und daß positive Kritik, verbunden mit konkreter Verbesserungsvorschlägen an den Empfehlungen des Wissenschaftsrates das steinige Feld gegenseitigen Mißtrauens bald bereinigt.

Auf ein interessantes Detail sei hierbei verwiesen. Den Studenten ging es zum Beispiel bei der Erörterung des Problems der Mitbestimmung und Mitverantwortung nicht nur um die formale Begrenzung von Rechten und Pflichten, sondern vor allem auch um die Frage, wie zwischen Studenten und Professoren unbefangen diskutiert werden könne. Der Begriff "unbefangen" wurde dargestellt als der Wunsch zur Beseitigung aller direkten und indirekten Abhängigkeiten. In die Praxis des studentischen Lebens übersetzt: Die Studenten wollen wissen, ob ihnen Nachteile entstehen können, wenn sie offen und mit Nennung ihres Namens Vorgänge an der Hochschule kritisieren. Dasselbe trifft auch auf Assistenten zu, von denen viele meinen, sie könnten es nicht, weil sie sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zur etablierten Professorenschaft oder zur Universitätsverwaltung befinden.

Wer jedoch glaubt, die Studentenschaft meine, nur sie allein befände sich "im Recht", wenn sie die etablierte Macht kritisiere, unterliegt einem großen Irrtum. Es sind gerade die Studenten, die sich selbst sehr kritisch sehen und - sofern man sie ernst nimmt - äußerste Bereitschaft zur Anerkennung auch anderer Argumente zeigen. Ausnahmen bestätigen natürlich auch hier die Regel.

Sicher wäre es eine Illusion, anzunehmen, daß vereinzelte Gespräche zwischen Vertretern der Studentenschaft, den politischen Parteien oder den Vertretern des Wissenschaftsrates zu schnellen und perfekten Lösungen aller Probleme an den deutschen Hochschulen führen können. Das wissen die Studenten selbst. Ihre Ziele bei solchen Gesprächen sind daher keineswegs utopisch. Ihre Einschätzung ihrer Möglichkeiten, das Hochschulwesen modernisieren zu können und dadurch, in einer weiteren Perspektive, auch Einfluß auf die Gestaltung der Gesellschaft zu nehmen, sind durchaus realistisch.

Oberflächliche Beobachter mögen gelegentlich meinen, die Studentenschaft schließe weit über erreichbare Ziele hinaus. Auch das ist ein Irrtum. Die Studentenschaft und ihre Vertreter wissen sehr wohl, daß Rom nicht an einem Tage erbaut wurde und daß auch sie nicht die über viele Jahre als Tabus gehüteten "Eigenständigkeiten" des akademischen Lebens aus dem Bewußtsein unserer Gesellschaft wegwischen können. Was sie aber brauchen und was sie mit Recht fordern, ist die Bereitschaft der etablierten Gesellschaft und der etablierten Macht, sie anzuhören und die Tragfähigkeit neuer Argumente gemeinsam zu prüfen. Auf seiten der Studentenschaft ist diese Bereitschaft vorhanden; die Gesellschaft als Ganzes muß, auch wenn es ihr schwerfällt, diese Bereitschaft bekunden und praktizieren.

Möglichkeiten und Grenzen politischer Bildung

Die Schulen sind überfordert

Von Dr. Kurt Fackiner

Wir meinen, in der Politik könne geschehen was wolle, und tun so, als könne die Schule alles reparieren und die Gesellschaft demokratisieren, als sei sie ein von der Gesellschaft isolierter Bereich, der nicht auch unter ihren Bedingungen und Zwängen stehe. Es wird unausgesprochen der Glaube verstärkt, daß die Lehrer nur zu wollen brauchten, und es gäbe keinen Antisemitismus, es gäbe keinen Faschismus mehr. Es ist für uns politisch gefährlich und sicher nicht Ausdruck zureichender politischer Einsicht, den Freiheitsraum der Schule für zu groß zu halten, von ihr zu erwarten, daß sie die politischen Einstellungen in unserer Gesellschaft einfach willkürlich verändern könnte.

Ohne Zweifel könnte unsere politische Bildung heute besser sein, als sie es ist; viel ist an ihr auszusetzen. Ein großer Teil unserer Sozialkundebücher ist schlecht, von den Geschichtsbüchern ist es vielleicht ein noch größerer Teil. Gut ausgebildete Sozialkundelehrer sind nur nach und nach in die Schule gekommen - und ihr Ausbildungsstand, ihre Auffassung von Demokratie waren recht unterschiedlich - und nicht immer so, daß ihre Haltung einer demokratischen Erziehung nutzen konnte.

"Verspätete Gesellschaft"

Aber es ist die Frage, ob das in unserer Gesellschaft viel anders sein konnte, ob wir nicht den Bogen überspannen, wenn wir heute viel mehr an demokratischer Haltung von den Lehrern erwarten als sich in der Gesellschaft insgesamt zeigt. Wenn Hitler nicht nur ein "Betriebsunfall" unserer Geschichte war, wenn an ihm unsere gesellschaftlichen Verhältnisse nicht unschuldig waren, dann ist kaum zu sehen, wie sich das so schnell geändert haben sollte.

Es wird Zeit, uns einzugestehen, nicht nur in Aufsätzen, daß wir in manchen Dingen eine "verspätete Gesellschaft" sind. Es ist besser, wir sehen das klar, dann können wir unsere Maßnahmen darauf abstellen. Dann schieben wir die Aufgaben nicht immer nur an die Bildungsinstitutionen ab, die sie nicht allein und nicht außerhalb unserer Gesellschaft lösen können. Wo sollten auf einmal nach unserem Wiederbeginn die Lehrer herkommen, die demokratisch hätten erziehen sollen, da sie doch selbst nur wenig demokratische Verhaltensweisen kennengelernt und in ihrem Denken nicht demokratisch orientiert waren?

Hoffnungen nicht erfüllt

Über die Wirkung der politischen Bildung liegen in der letzten Zeit Untersuchungsergebnisse vor, die uns zeigen, daß der politische Unterricht nicht die Hoffnungen erfüllt, die in ihn gesetzt worden sind.

Die Untersuchungen über die Wirksamkeit der politischen Bildung in den Schulen sagen uns zwar, daß eine demokratische Einstellung der

Jugendlichen kaum erreicht ist, wenn unter "demokratisch" etwas mehr als ein bloßes Lippenbekenntnis verstanden werden soll. Insgesamt scheint bis jetzt die politische Einstellung des Elternhauses für die politische Einstellung der Schüler bestimmender zu sein, als der politische Unterricht. Die Hauptwirksamkeit des Unterrichts scheint bislang darin zu bestehen, daß er die im Elternhaus geweckten Interessen verstärken kann und daß er dazu sozialkundliche Informationen liefert. Aber auch die Frage, was ein guter Unterricht ist, können wir durch die Ergebnisse der vorliegenden empirischen Untersuchungen nicht beantworten. Dort, wo die pädagogischen Fragen anfangen, wo die Orientierungshilfen für sie gegeben werden müßten, hören Fragestellungen und Analysen der Untersuchungen auf. Sie verzichten damit auf eine politische Wirkungsmöglichkeit, die über das Beklagen der Zustände hinaus zu einer tatsächlichen Verbesserung unserer politischen Bildung führte.

Gezielter Unterricht !

Dennoch ist dabei nicht zu verkennen, daß auch die empirische Forschung in diesem Bereich noch in den Anfängen steckt. Wie die gesamte politische Bildung ist auch sie von den gesellschaftlichen Verhältnissen abhängig. Aber vielleicht ist in Zukunft doch eine bessere Zusammenarbeit zwischen Schule und empirischer Forschung möglich, die es in ihren Ergebnissen erlaubt, den Unterricht gezielter anzulegen.

Leider dauert bisher der Umschlag von der Durchführung einer Untersuchung bis zur Veröffentlichung der Ergebnisse noch so lange, daß schnelle Hilfe für die praktische Unterrichtsarbeit nicht erwartet werden kann. Die jetzt veröffentlichten Untersuchungen berichten über den Zustand der politischen Bildung in den Jahren 1961 und 1962, schließen also die letzten fünf Jahre aus. In diesen letzten fünf Jahren haben aber die Hochschulen für Erziehung ihre Arbeit gerade im Bereich der politischen Bildung erheblich verstärkt und auch im gymnasialen Bereich ist einiges geschehen. Die politische Bildung hat in der Gemeinschaftskunde in der 12. und 13. Klasse erheblich an neuen Möglichkeiten gewonnen. Die schlechten Geschichts- und Sozialkundebücher wurden in Hessen aus diesen Klassen herausgenommen. Einige Verlage haben brauchbarere drucken lassen, sie werden inzwischen benutzt. Die Qualität der Lehrer konnte durch langfristige Weiterbildungskurse an den Universitäten verbessert werden. Erfreulich, daß sich die Lehrer in größerer Zahl freiwillig für die Kurse und auch für die Teilnahme am Funkkolleg melden, daß das Interesse für eine Verbesserung des politischen Unterrichts bei erheblich zusätzlicher Arbeitsbelastung recht groß ist.

Veränderungen möglich

So nehmen die institutionellen Möglichkeiten für eine Verbesserung der politischen Bildung in allen Bereichen ständig zu. Das garantiert zwar noch nicht allein, daß sie dann auch wirklich genutzt werden, auf die Dauer macht das auch eine Veränderung der Bildungspläne möglich. Sie werden vor allem wegen ihres ungenauen Wortlautes oft angegriffen. Solche Kritik verkennt, daß auch Bildungspläne das Ergebnis eines gesellschaftlichen Prozesses sind, daß in ihr viele Meinungen übereinkommen müssen. Es lassen sich nur solche Pläne in Unterricht praktisch verwickeln, die ein großer Teil Lehrer bejaht. Bildungspläne geben oft nur ein Mindestmaß an, lassen aber jedem Freiheit, der etwas besser machen will.

Spaniens Vorbereitungen auf den Anschluß an die EWG

Deutsche Wissenschaftler als aktive Mitarbeiter

Von unserem HD-I-Korrespondenten in Madrid

Nach dem Deutschlandbesuch zweier spanischer Minister, die in der Bundesrepublik das Funktionieren von Post, Fernmeldewesen und den Autobahnbau kennenlernen wollten, nahmen in Spanien deutsche Wissenschaftler ihre Tätigkeit auf, um die Grundlagen für eine Anpassung der spanischen Landwirtschaft an die EWG zu schaffen. Im nächsten Jahr beginnt der "Zweite spanische Entwicklungsplan", der vor allem die spanische Landwirtschaft modernisieren und wettbewerbsfähig machen soll. Schon der erste vierjährige Entwicklungsplan, der am 31. Dezember ausläuft, geht auf eine Studie zurück, die der Kieler Wirtschaftswissenschaftler Professor Fritz B a a d e , ein früherer SPD-Abgeordneter und international anerkannter Fachmann für Entwicklungsfragen, für die Madrider Technokraten ausarbeitete. Diese Studie gab den Anstoß zur sinnvollen Einsetzung der vorhandenen Mittel und damit zum spanischen "Wirtschaftswunder".

Jetzt begannen deutsche Wissenschaftler in Granada, ein spanisches "Landwirtschaftswunder" anzubahnen. Auch die industrielle Grundlagenforschung und Fragen des Arbeitsmarktes sowie der Infrastruktur kommen nicht zu kurz. Professor D u l f e r und sein Mitarbeiterstab von der Technischen Hochschule Darmstadt untersuchten das Kreditwesen, die Marktorganisation und die industrielle Entwicklung Südspaniens. Mehr als 450 Unternehmer und etwa die fünffache Zahl von Arbeitnehmern wurden über Produktionsmethoden und deren Wirtschaftlichkeit unter die Lupe genommen.

Spaniens Bergwerksindustrie untersucht Professor F r i e d r i c h b u r g , Direktor des Instituts für Wirtschaftsforschung (Berlin). Professor K a d e kümmert sich um die Auswirkung der Auswanderung auf die spanische Arbeitswelt, im Allgemein- und Fachbildung. Damit sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, die Kenntnisse von Gastarbeitern auch in der Heimat nutzbar zu machen.

Professor K o t t e r (Universität Gießen), der Spaniens Landwirtschaft von A bis Z durchleuchtete, empfiehlt den Bauern, mehr Absatzwerbung zu betreiben und den Verkauf ihrer Erzeugnisse zu rationalisieren.

Diese wissenschaftliche Arbeit, die in aller Stille geleistet wird, hat die Spanier beeindruckt. Dies ist auch der Grund für den Wunsch der spanischen Behörden, die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik zu vertiefen. Auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich aus diesen Kontakten ergeben, sind beachtlich. Bedauerlicherweise werden sie nicht voll ausgeschöpft. So kommt es manchmal vor, daß löhnende Großaufträge nicht bei der deutschen Industrie untergebracht werden. Von den fünf Atomkraftwerken, die in kommenden Jahrzehnt in Spanien entstehen sollen, wird kein einziges von einer deutschen Firma gebaut, obwohl die Leistungsfähigkeit und Preiswürdigkeit der deutschen Erzeugnisse dieser Art überall anerkannt werden. Oft können deutsche Unternehmen nicht jene Zahlungserleichterungen bieten, mit denen die Konkurrenz den spanischen Markt erobert.